

Cornelia Ernst hat eines der vorhandenen Instrumente zur Gestaltung regionaler Strukturpolitik vorgestellt: Den Fonds für regionale Entwicklung der EU, abgekürzt EFRE.

Zwischen 2007 und 2013 entfielen in Bayern ca. 110 Mio. aus EFRE-Mitteln auf die direkte Investitionsförderung von Unternehmen. Auf den Ausbau von Staatsstraßen entfielen ca. 42 Mio. EURO und auf die Verbesserung des kommunalen Nahverkehrs in Grafenau und Hof sage und schreibe 1.071.993 €.

Wenden wir uns der Zukunft zu:

Mit einer sog. Online-Konsultation hat das bayerische Innenministerium 110 Bürger*innen erreicht. Diese haben sich zu Schwerpunktsetzungen für den Förderzeitraum 2013-2020 geäußert. 110 von ca. 9,2 Mio. bayerischen Stimmberechtigten haben sich in der Sache geäußert ! Wenn das keine hinreichende demokratische Legitimation für regionalpolitische Entscheidungen der Landesregierung ist!

Das Innenministerium, d.h. die ausführende Behörde, schlug in der Befragung 10 Prioritäten für den Planungszeitraum 2013-2020 vor.

5 dieser Prioritäten, beinhalten notwendigerweise direkte Zuwendungen an Unternehmen:

- ⌚ Forschung und Entwicklung in Unternehmen
- ⌚ die Förderung des Unternehmergeistes und die Entwicklung neuer Geschäftsmodelle für kleine und mittlere Unternehmen
- ⌚ die Förderung der Energieeffizienz in kleinen und mittleren Unternehmen

Kostensenkung durch Energieeffizienz ist ureigenste Angelegenheit der Unternehmen. Über die Anschaffung eines effizienteren Kühlschranks nachzudenken ist Sache der schwäbischen Hausfrau oder der Managerin des Familienunternehmens aus der Staubsaugerwerbung. Oder rechnen Sie persönlich mit öffentlichen Zuschüssen bei der Anschaffung des neuen, sparsameren Kühlschranks?

50% der 110 Bürgerinnen gaben der Förderung zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit kleiner und mittlerer Unternehmen eine hohe Priorität.

Ebenfalls 50 % der Bürger*innen hielten Zuschüsse für Unternehmensinvestitionen für sinnvoll. 10 % der Bürgerinnen vertraten die Ansicht, Unternehmensinvestitionen sollten nicht gefördert werden! Wie konnte das nur passieren? Hat ein kleiner Ministerialbeamter etwa dafür gesorgt, dass die „Online-Konsultation“ mit den Bürgerinnen und Bürgern über den Kreis der Kammern hinaus bekannt wurde? Bayern wird jedenfalls die Meinung von 0,005 Promille der stimmberechtigten Bürger*innen bei der Umsetzung der EFRE-Förderung berücksichtigen. Das ist sicher.

Wir dagegen sagen: Direkte Zuschüsse an Unternehmen sind nicht sinnvoll. Denn: Investitionsentscheidungen von Unternehmen fallen mit Bezug auf Gewinnerwartungen und auf die Frage „Gibt es dafür im Einzugsbereich des Betriebs genügend gut qualifizierte Arbeitskräfte?“ - nicht weil es dafür Zuschüsse gibt.



Es gibt in Oberfranken-Ost kein im LEP ausgewiesenes Mittelzentrum, mögliches Oberzentrum oder Oberzentrum das weiter als 10 km von von einer Autobahnauffahrt entfernt wäre. Das Oberzentrum Hof ist angebunden an 2 Autobahnen in Nord-Süd-Richtung und eine West-Ost-Strecke. Trotzdem hat die Stadt Hof mit schweren Struktur-Problemen zu kämpfen. Die von Vertretern der Beton-und-Teer-Lobby gebetsmühlenartig wiederholte Behauptung, der Ausbau des Autobahnnetzes sei zwingende Voraussetzung einer zukunftsfähigen Regionalentwicklung wird von der Realität widerlegt. Die Daten zum Verkehr auf der B303 zwischen Bad Berneck und Schirnding lassen vermuten, dass die Belastung durch den LKW – Verkehr hauptsächlich verursacht wird durch den Ziel- und Quellverkehr in und aus dem Raum Marktredwitz/Karlovy Vary. Eine Entwicklung, die einen vierspurigen Ausbau dieses Abschnitts der E 48 nötig machen könnte, ist nicht absehbar. Im Gegenteil: Es gibt Hinweise darauf, dass in Folge der wirtschaftlichen Entwicklung Tschechiens die LKW-Belastung abgenommen hat, nicht zu. Eine vierstreifige Straße, die in unserem Raum die vorhandenen Autobahnen A 9 und A 93 miteinander verbindet, ist überflüssig wie ein Kropf.

Keineswegs überflüssig ist hingegen eine Verkehrsinfrastruktur, die auf der Grundlage der bestehenden Straßen die Mittel- und Oberzentren Ost-Oberfrankens über Landkreisgrenzen hinweg miteinander vernetzt. Ein besser organisierter öffentlicher Personennahverkehr in unserem Raum könnte dazu beitragen folgenden Beförderungsbedürfnissen gerecht zu werden:

- ⌚ Landkreis übergreifend können die unterschiedlichen schulischen Angebote in der Region besser genutzt

werden.

- ⌚ Die berufliche Weiterbildung in Einrichtungen der Kammern an zentralen Orten wird ohne Zweitwagen machbar.
- ⌚ Die Besetzung eines betrieblichen Ausbildungsplatzes würde nicht mehr an der Frage scheitern „Wie komme ich hin?“, oder aus betrieblicher Sicht an der Frage „Wie kommen Sie her?“ .
- ⌚ Mitglieder eines Haushalts könnten ohne Zweit- und Drittwagen an unterschiedliche Arbeitsplätze in der Region gelangen.
- ⌚ Vorhandene Freizeit- und Kultur-Einrichtungen ließen sich besser nutzen und auslasten. Manche Schließung könnte dadurch vielleicht vermieden werden.

Der dann mögliche Verzicht auf den Zweitwagen, brächte eine deutliche finanzielle Entlastung der privaten Haushalte mit sich und würde den CO₂-Ausstoß mindern.

Fazit:

Ein in diesem Sinn entwickelter ÖPNV würde sowohl die Entscheidung von Menschen für den Verbleib in unserer Region unterstützen als auch die Ansiedlung von Unternehmen und wäre ein Beitrag zur Erreichung der Klima-Ziele.

Sinnvoll wären deshalb Zuschüsse für den Aufbau und Ausbau der öffentlichen Verkehrsinfrastruktur. Ein solcher öffentlicher Nahverkehr mit einem regelmäßigen Zeittakt und angepassten Umsteigemöglichkeiten in den Mittelzentren wäre ein wesentliches Element einer zukunftsfähigen Verkehrs-Infrastruktur. Er könnte auch Straßenabschnitte spürbar entlasten, an denen der Pendlerverkehr Anwohner übermäßig belastet, wie entlang der B 289 zwischen Untersteinach und Kulmbach. Es ist allein der Ideologie der Standortkonkurrenz geschuldet, wenn aktuell Landkreise gegen den Anschluss an den Verkehrsverbund der Metropolregion stimmen und sich keine Initiativen für eine Landkreise übergreifende Vernetzung der Region entwickeln.

Es hat sich gezeigt, dass die Ausschüttung direkter Finanzhilfen an Unternehmen nicht dazu beiträgt, die Lage unserer Region zu verbessern. Den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs und Investitionen in den Anschluss aller Gemeinden an das schnelle Internet halten wir deshalb für die vordringlichsten Aufgaben zur Entwicklung unserer Region.



Die von Eva Bulling-Schröter angesprochene Ausweitung dezentraler Energieproduktion auf der Grundlage erneuerbarer Energien hätte positive Beschäftigungseffekte. Betrieb und Wartung der Anlagen braucht qualifiziertes technisches Personal. Wir haben auf den Höhen genug Wind. Mit neuesten Technologien lassen sich auch kleine Wasserläufe naturnah zur Energiegewinnung z. B. für die Holzverarbeitung nutzen. Straßen würden von gefährlichen Langholz-Transporten entlastet, Holzabfälle könnten für die Produktion von Pellets genutzt werden. Wir brauchen keine Bio-Gas-Anlagen, für die Mais angepflanzt wird statt organische Abfälle einzusetzen. Wir brauchen keine einheitlich vom Raps gelb gefärbten Täler. Die wegen der geographischen Bedingungen relativ kleinteilige Land- und Forstwirtschaft unserer Region könnte auf der Grundlage einer naturnahen Erzeugung vielfältiger regionaler Produkte nicht nur überleben, sondern einen Beitrag leisten zur Erhaltung einer abwechslungsreichen Kulturlandschaft. Der Erhalt dieser attraktiven Landschaft für die Erholung suchenden Menschen aus den Ballungsräumen wäre eine bessere Tourismus-Förderung als Investitionszuschüsse an Hotel- und Gastronomiebetriebe wie den eines beliebten Fernsehkochs in Wirsberg in Höhe von ca. 150.000 €.



Ich wende mich vor dem Hintergrund meiner bisherigen Anmerkungen nachdrücklich gegen die Schutzbehauptung der CSU und ihrer Regierung, es seien die EU und die Einschränkung der Fördergebiete und Förderziele, die dazu beigetragen hätten, dass unsere Region zunehmend ins Hintertreffen geriet: Die Verantwortung für die operationelle Umsetzung der EU-Ziele hat die Bayerische Staatsregierung. Für die anstehenden Entscheidungen hat sie im Juni ein Eckpunkte-Papier vorgelegt. Die Aussagen dieses Papiers will ich hinterfragen.

Angenommen wird eine Wechselwirkung zwischen den sog. „innovierenden Unternehmen“ und den sog. „wettbewerbsfähigen Regionen“. Dieser Denkansatz ist falsch: In unserer Wirtschaftsordnung konkurrieren Betriebe – nicht Regionen. Dieser falsche Denkansatz führt sowohl europaweit als auch innerhalb Bayerns zu einem Wettlauf zwischen den Planungsregionen. Er führt zu einem Wettlauf, den man mit Sozialdumping und Verarmung der öffentlichen Hand zu gewinnen hofft. Gut im Ohr habe ich eine Aussage des Kulmbacher Oberbürgermeisters auf dem Marktplatz im Wahlkampf 2008. „Das niedrige Lohnniveau und die niedrigen Krankenstände in den Betrieben

sind die besten Anreize für ansiedlungswillige Unternehmen.“ Dies wird ergänzt durch möglichst niedrige Gewerbesteuersätze. Ein solcher Wettlauf verschärft soziale und räumliche Gegensätze, statt sie zu verringern. Zwei der in den Eckpunkten genannten Maßnahmen beinhalten direkte Finanzausschüsse an Unternehmen für sog. innovative Maßnahmen. Diese Handlungsoption hat sich als regionalpolitisch verfehlt erwiesen. Die Zuschüsse bringen in erster Linie „Mitnahmeeffekte“ hervor, keine strukturellen Verbesserungen. - In Oberfranken übrigens gut erkennbar an einem Anstieg der Zahl der Einkommensmillionäre zwischen 2008 und 2011 um ca. 30 %.

Die im Eckpunkte- Papier genannten Bereiche Wissensentwicklung, Wissenstransfer und Forschungsinfrastruktur beinhalten nur oberflächlich eine Stärkung öffentlicher Infrastruktur. Der Großteil der Mittel des Fonds für regionale Entwicklung fließt hier an Verbünde von privaten Wissenschafts-Unternehmen und Gebietskörperschaften. Sie dienen so in erster Linie der Entlastung der Unternehmen von den Kosten eigener Forschungs- und Entwicklungsanstrengungen.

Einen Hauch demokratischer Mitwirkung tragen die Maßnahmen zur Stärkung einer zukunftsfähigen regionalen Infrastruktur und der Grundlagen für wirtschaftliche Tätigkeit. In diesem Bereich stellt man den verarmten Kommunen Zuschüsse in Aussicht. Zuschüsse z. B. für Investitionen in den Aufbau eines Regionalmanagements, damit Entwicklungsmöglichkeiten besser abgeschätzt, die Anpassung an die demographische Entwicklung besser organisiert werden kann. Wo aber landen zweckgebundene Zuschüsse und die Eigenmittel der Gemeinden? Letztlich wieder bei privaten Planungs-, Entwicklungs- und Beratungsunternehmen. Wie überall in unserem Land fließt so Geld von öffentlichen in private Hände für die Erledigung von Aufgaben, die ureigenste Sache der Kommunen, der Kreise, der Bezirke, des Landes und gewählter Gremien wären, für Aufgaben, die ohne Einfluss von Profitinteressen für alle Bürgerinnen gelöst werden müssen.



DIE LINKE setzt sich deshalb auf allen politischen Entscheidungsebenen ein

- ⌚ für eine klare Abgrenzung von unternehmerischer und öffentlicher Verantwortung
- ⌚ für die ausschließlich öffentliche Verantwortung für die Entwicklung der Infrastruktur bei Verkehr, Bildung, Forschung und Krankenhäusern
- ⌚ für erweiterte Mitwirkungsrechte der Bürgerinnen und Bürger und ihrer Organisationen
- ⌚ für eine demokratische, nicht von Exekutivorganen bestimmte, Planung der Landesentwicklung.

Diese Zielsetzungen werden nicht umgesetzt durch eine Verfassungsergänzung für die Schaffung gleichwertiger Lebensbedingungen in Stadt und Land. Sie können dieser von allen Landtagsparteien getragenen Verfassungsänderung im Volksentscheid am 15. September Ihre Zustimmung geben. Real ändern wird sich nur etwas, wenn im nächsten Landtag die LINKE unsere Region in Bayern vertreten kann. Dafür brauchen wir am 15. September ihre Stimme, ihre beiden Stimmen.